

An den
Vorsitzenden des
Rates

Herrn
Oberbürgermeister Jürgen Roters

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 29.04.2010

AN/0853/2010

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	20.05.2010

Änderung in den Geschäftskreisen der Dezernate V und OB

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die CDU-Fraktion bittet Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Rates am 20.05.2010 zu setzen:

Beschluss:

Der Rat beschließt auf der Grundlage des § 73 Abs. 1 GO NRW, dass das Umwelt- und Verbraucherschutzamt (57) mit Wirkung vom 01.06.2010 aus dem Geschäftskreis des Dezernates V herausgelöst und dem Dezernat OB zugeordnet wird. Das Dezernat V erhält die Bezeichnung „Soziales, Integration und Gesundheit“.

Begründung:

In seiner Rede zum Jahrestag des Unglücks in der Severinstraße hat Oberbürgermeister Jürgen Roters gefordert, dass es höchste Zeit ist, die Verantwortlichkeiten zu klären und die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. In der Tat ist es an der Zeit, die Lehren aus der Katastrophe vom 03. März 2009 zu ziehen und durch vorbehaltlose Aufklärung um neues Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger Kölns zu werben. Dies zu erreichen, betrachtet der Oberbürgermeister nach seinen damaligen Worten als seine persönliche Aufgabe.

Weiterhin formulierte der Oberbürgermeister bereits damals Zweifel an der notwendigen Überwachung und Kontrolle. Er sagte, dass derjenige, der trotz möglicher Gefahren zur Tagesordnung übergehe, sein Vertrauen verloren habe. Zugleich stellte er fest, dass es neben der – durch die Strafverfolgungsbehörden zu ermittelnden – juristischen Schuldzuweisung auch eine politisch-moralische Verantwortung gibt. Diesen

selbst formulierten Maßstab muss der Oberbürgermeister aber auch an das Verhalten aller politisch und fachlich Verantwortlichen in der Sache anlegen.

Leider hat es auch über ein Jahr nach dem Einsturz des Historischen Archivs keine erkennbaren Bemühungen um weitere Aufklärung seitens der Verwaltung gegeben. Und dies, obwohl es genügend Anhaltspunkte dafür gibt, auch die Rolle der Kontrolleure für die Einhaltung der wasserrechtlichen Erlaubnisse für den U-Bahn-Bau zu überprüfen. Zu erwähnen sind hier nur die Themen: Fehlende Vor-Ort-Kontrollen an der Baustelle Waidmarkt trotz der bekannten und erkennbaren Verstöße gegen die wasserrechtliche Erlaubnis, zuviel gefördertes Grundwasser an der Baustelle Waidmarkt, auffällige „Ausschliffspuren“ durch Feststofftransport an den Wasserpumpen und die Bildung einer Sandbank im Rheinauhafen. Durch ihr intensives Bemühen hat die CDU-Fraktion die Diskussion über diese Punkte angestoßen. Hinsichtlich der vielen Widersprüche und Lücken in der Beantwortung verweisen wir auf unsere Anfragen, die Stellungnahmen der Verwaltung in Rat und Hauptausschuss sowie die intensive Berichterstattung in den Medien.

Was bisher bleibt, ist ein desaströser Eindruck vom Problembewusstsein der noch zuständigen Umweltdezernentin Marlis Bredehorst und ihrer mangelnden Bereitschaft zur rückhaltlosen Aufklärung. Statt sich der Fragen und der möglichen Lehren aus dem Unglück zu stellen, weist sie jede Verantwortung durch einen formalen Hinweis auf fehlende Zuständigkeiten von sich. Dass diese Argumentation nicht haltbar ist, beweist sie letztlich selbst durch ein Rechtsgutachten, welches dem von ihr zu betreuenden Umwelt- und Verbraucherschutzamt – in der Funktion als untere Wasserbehörde – die Zuständigkeit für die Überwachung der wasserrechtlichen Anlagen und der Grundwasserförderung an der Baustelle Waidmarkt bestätigt.

Der Kern ihres Versagens lässt sich am besten aus einer Pressemitteilung der Stadt Köln vom 26.04.2010 herauslesen: Dort wird angekündigt, dass den beauftragten Gutachtern, Rechtsanwälte Kappelmann und Partner, nunmehr alle (erforderlichen) Informationen für deren Expertise zur Verfügung gestellt werden. Und dies erst, nachdem der Kölner Stadtanzeiger in seiner Berichterstattung bereits zuvor darauf hingewiesen hat, dass den Gutachtern wichtige Informationen gefehlt haben.

Dies dokumentiert wiederholt das politische und fachliche Unvermögen der verantwortlichen Dezernentin – so kann weder angemessen aufgeklärt noch neues Vertrauen geschaffen werden!

Die CDU-Fraktion nimmt mit diesem Antrag den Oberbürgermeister beim Wort und gibt ihm mit der vorgeschlagenen Änderung der Geschäftskreise die Möglichkeit, persönlich für eine lückenlose Aufklärung zu sorgen und die erforderlichen Konsequenzen daraus zu ziehen. Die Umweltdezernentin war hierzu bis heute weder willens noch in der Lage.

Die weitere Begründung erfolgt mündlich!

Mit freundlichen Grüßen

gez. Winrich Granitzka
Fraktionsvorsitzender